Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer EntschlieÙung

35 Jahre Deutsche Einheit in Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin feiert 35 Jahre Deutsche Einheit. Seit dem 3. Oktober 1990 ist unsere Heimatstadt nicht mehr geteilt. Aus Ost- und Westbezirken wurde knapp drei Jahrzehnte nach dem Mauerbau endlich wieder eine Stadt. Das Brandenburger Tor stand nicht mehr unerreichbar am Rand, sondern wurde wieder das große gemeinsame Wahrzeichen in der Mitte der Stadt. Die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas war überwunden.

Die Friedliche Revolution in der DDR, der Sturz der SED-Diktatur, die ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 und der Zwei-Plus-Vier-Vertrag über die Souveränität Deutschlands waren die Basis für ein gemeinsames Deutschland und damit ein gemeinsames Berlin.

Die Vereinigung des Landes erfolgte durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Die Mehrheit der Abgeordneten der frei gewählten Volkskammer der DDR stimmte 1990 für diesen Weg. Er ermöglichte eine schnelle Wiedervereinigung und die Übernahme des bewährten Rechtsrahmens der Bundesrepublik in Form der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Dieser Weg des Beitritts hatte jedoch den Nachteil, dass das neue gemeinsame Deutschland für die Menschen in der ehemaligen DDR einen radikalen Neubeginn in einem anderen Staat bedeutete, während Menschen in weit entfernten westdeutschen Kommunen außer dem Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer wenig Berührung mit den Veränderungen und den Menschen im Osten hatten.

Ost-West-Unterschiede gibt es auch heute noch. Ostdeutsche sind weniger repräsentiert in Führungspositionen. Im Osten gibt es weniger Vermögen. Eine Reform der Erbschaftssteuer, die zu einer gerechteren Verteilung von Vermögen in Ost und West führt, steht weiter aus. Und es gibt Wunden. Menschen, die in der DDR unterdrückt waren, kämpfen zum Teil bis

heute um Anerkennung und Entschädigung. Manche Menschen, die in den 1990er Jahren arbeitslos wurden, weil viele ehemalige DDR-Betriebe in der Marktwirtschaft nicht überleben konnten, haben zum Teil nie wieder beruflich Fuß fassen können. In Berlin lebten 1990 auf beiden Seiten der Grenze viele tausend Gast- bzw. Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter mit ihren Familien. Die Wiedervereinigung brachte für sie erhebliche Veränderungen, von Jobverlust, drohender Abschiebung bis zu rassistischen Übergriffen. Wir sind dankbar, dass diese Menschen zum Aufbau der Stadt und der Stärkung der Gesellschaft beigetragen haben.

Insgesamt ist die Deutsche Einheit gelungen. Wir sind allen dankbar, die 1989 auf die Straße gegangen sind, das Ende der Diktatur erreicht und damit die Wiedervereinigung erst möglich gemacht haben. Wir sind allen Menschen dankbar, die sich von 1990 bis heute für das gemeinsame Berlin in Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft engagiert haben und engagieren.

Gemeinsame gesellschaftliche Neuentwicklungen oder auch eine gemeinsame neue deutsche Verfassung und eine neue Nationalhymne hätten nach 1990 das Gefühl eines gemeinsamen Neubeginns des ganzen Landes verdeutlichen und eine stärkere gemeinsame Kultur entwickeln können.

In Berlin entstand damals die neue Landesverfassung. Das Berliner Abgeordnetenhaus erarbeitete den Entwurf mit Hilfe einer Enquete-Kommission. In der Volksabstimmung am 22. Oktober 1995 erreichte die Verfassung von Berlin eine Zustimmung von 75 Prozent. Besonders die Einführung der Volksgesetzgebung ist eine Errungenschaft dieser Zeit und erfreut sich regelmäßiger Anwendung.

Berlin ist Hauptstadt und Regierungssitz Deutschlands und eine internationale Metropole. Gleichzeitig ist Berlin aber auch eine normale Großstadt mit Quartieren, Ortsteilen und Bezirken. Weltpolitik trifft hier auf Kiez. Für das Abgeordnetenhaus sind beide Blickwinkel wichtig. Berlin arbeitet im Rahmen seiner Partnerschaften mit vielen anderen Hauptstädten zusammen, ob Buenos Aires, Warschau oder Tel Aviv. Die meisten dieser Partnerschaften entstanden nach 1990 und sind Ausdruck der gewachsenen Bedeutung des wiedervereinigten Berlin für die Weltgemeinschaft.

Konflikte in der Welt erreichen auch unsere Stadt. Berlin hilft verfolgten und geflüchteten Menschen, ob aus Syrien, der Ukraine oder anderen Staaten, wo Krieg und Not herrschen. Im Rahmen von Städtenetzwerken für Klimaschutz, wie C40, oder der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus arbeiten wir international an den großen Themen, die die Welt beschäftigen.

Berlin ist Wohnort für knapp vier Millionen Menschen. In der Metropolregion Berlin-Brandenburg sind es ca. 6,5 Millionen. Während in Berlin Wohnraum knapp ist, stehen in anderen Orten der Region Wohnungen leer. Infolge der Wiedervereinigung sind zunächst viele Arbeitsplätze weggefallen, tausende Menschen haben die Region verlassen. Berlin und Brandenburg stehen heute vor der Aufgabe, die gesamte Region weiter zu entwickeln. Die Achse Berlin-Lausitz, die Wirtschaft und Wissenschaft in der Region verbindet und Arbeitsplätze im Zeitalter des Kohleausstiegs schafft, ist ein gutes Beispiel dafür. Mit der Oder-Partnerschaft, in der vier Bundesländer und vier polnische Wojewodschaften grenzübergreifend zusammenarbeiten, ist darüber hinaus in den letzten 20 Jahren ein ganz neuer Wirtschafts- und Begegnungsraum entstanden.

Wer sich an die Zeit vor dem Mauerfall erinnert, dem fallen die grauen Häuser im Ostteil Berlins wieder ein, der Geruch der Kohleheizungen und der Zweitakter. Auch das hat sich

verändert. Berlin muss die Mobilitätswende weiter vorantreiben und für saubere Wärme sorgen, um das zu vollenden, was nach dem Mauerfall begonnen hat. In die Sanierung von Wohnhäusern, Schulen und Kindergärten wurden und werden Milliarden investiert. Der nächste Schritt in der Stadtentwicklung ist der Bau neuer Stadtquartiere und der Umbau von Leerstand. Vor allem anderen steht die Anpassung an die Klimaveränderungen durch den Umbau zu einer grüneren Stadt, ein Umstand, der 1990 noch kaum eine Rolle spielte.

Was Berlin in den letzten 35 Jahren erreicht hat, konnte nur durch Engagement, Kreativität und ein funktionierendes, weltoffenes Gemeinwesen gelingen. Die Basis dafür ist die Demokratie. Die Friedliche Revolution hat 1989 die Diktatur überwunden, die Menschen haben sich Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und freie Wahlen erkämpft – und die Freiheit, sich für die Wiedervereinigung zu entscheiden. Demokratie und Freiheit sind heute in vielen Teilen der Welt bedroht. Sie sind nicht selbstverständlich, sondern müssen erkämpft und geschützt werden. Daran mitzuwirken, ist Auftrag für Berlin.

Berlin, den 30. September 2025

Jarasch Graf Otto
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen